



Niederschrift

46. Plenarsitzung des Gemeinderates
24. Januar 2023, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

11.

Punkt 10 der Tagesordnung: Änderung des Luftreinhalteplans für die Stadt Karlsruhe durch das Regierungspräsidium Karlsruhe
Vorlage: 2022/2423

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt nach Vorberatung im Hauptausschuss der Aufhebung der Umweltzone für Karlsruhe zu.

Der Gemeinderat spricht sich jedoch aus Lärmschutzgründen für die Aufrechterhaltung des LKW-Durchfahrtsverbots in der Reinhold-Frank-Straße aus.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung (43 JA-Stimmen, 2 Nein-Stimmen)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 10 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss am 10. Januar 2023.

Hier gibt es eine etwas neuere Entwicklung und deswegen eine kurze Einführung, Frau Bürgermeisterin.

Bürgermeisterin Lisbach: Ja, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, wie Sie ja alle wissen, beabsichtigt das Regierungspräsidium Karlsruhe, den Luftreinhalteplan für den Regierungsbezirk zu ändern. Diese Änderung umfasst die Aufhebung der Umweltzone in Karlsruhe und in anderen Städten, und zwar ab 1. März 2023. Hintergrund ist, dass für Stickstoffdioxid und Feinstaub seit Jahren der Grenzwert deutlich unterschritten wird. Das gilt auch für die anderen Luftschadstoffgrenzwerte, die alle eingehalten werden, und einem Gutachten der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg zufolge wird auch dargestellt, dass diese Einhaltung dann auch für die Aufhebung der Umweltzone gilt. Grund dafür sind einfach schadstoffärmere Verbrennungsmotoren. Das war ja auch Sinn und Zweck der Umweltzone und auch jetzt die Zunahme und die ja auch noch zu

erwartende weitere Zunahme der E-Mobilität. Aus diesen Gründen ist die Aufrechterhaltung der Umweltzone nicht mehr erforderlich, und es fehlt auch einfach die Gesetzesgrundlage dafür.

Was die Luftreinhaltung angeht, empfehlen wir als Verwaltung Ihnen, dieser Aufhebung der Umweltzone zuzustimmen. Aus Lärmschutzgründen halten wir es aber für notwendig oder sinnvoll auf jeden Fall, das LKW-Durchfahrtsverbot in der Reinhold-Frank-Straße beizubehalten. Das ist jetzt eben aus Gründen der Luftreinhaltung nicht mehr möglich, aber wir gehen davon aus, dass es möglich sein könnte im Zuge der Fortschreibung des Lärmaktionsplans, also dass man das eben mit dem Lärmschutz begründen kann. Diese Fortschreibung des Lärmaktionsplans wird zurzeit vom städtischen Umwelt- und Arbeitsschutz vorbereitet. In dem Zusammenhang wird dann auch eine Aktualisierung der Lärmwerte erfolgen. Wir rechnen mit ersten Ergebnissen so Ende des zweiten Quartals 2023, sodass wir dann da auch schon Konkretes zu den Lärmwerten sagen können. Wir haben deshalb das Regierungspräsidium gebeten, das LKW-Durchfahrtsverbot zunächst nicht aufzuheben. Das hat das Regierungspräsidium uns mittlerweile auch zugesagt. Das ist die neue Entwicklung, die der Oberbürgermeister gerade ansprach. Das heißt, das LKW-Durchfahrtsverbot bleibt jetzt erst mal bis Ende Juni bestehen. Bis dahin ist dann von unserer Seite auch geklärt, ob wir das Durchfahrtsverbot über den Lärmaktionsplan einführen können. Die bisherigen Lärmwerte, soviel kann ich vielleicht schon mal sagen, die lassen dies zumindest plausibel erscheinen, dass das möglich sein wird. Ganz konkrete Aussagen sind dann aber eben erst in ein paar Monaten möglich. Vor dem Hintergrund empfehlen wir Ihnen Zustimmung zur Beschlussvorlage.

Der Vorsitzende: Ich würde gerne persönlich ergänzen, dass ich glaube, auch die Luftreinhaltung sollte ein LKW-Durchfahrtsverbot eigentlich dahingehend begründen, dass ich noch nicht erkennen kann, dass die LKWs, die da in Zukunft durchfahren, alle mit E-Motoren unterwegs sind, und wenn es einen Zusammenhang gibt zwischen dem LKW-Durchfahrtsverbot und der sich dort verbesserten Luft, dann würde sich dieser positive Zusammenhang ja wieder ins Negativ kehren. Nur es gibt dafür keine rechtliche Grundlage. Deswegen können wir im Moment nur den Weg über den Lärm gehen, und uns Mühe geben, dass wir das dann auch an der Stelle so umsetzen können.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Die Karlsruher Umweltzone hat schon ihre messbaren Erfolge erreicht. Frau Bürgermeisterin Lisbach hat es ja gerade auch dargestellt. 2009 wurde sie eingeführt, da lagen die Emissionswerte eben noch über dem Grenzwert der EU von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft, und seit 2016 haben wir diesen Grenzwert eben in jedem Jahr nicht mehr erreicht. Das heißt, das ist schon mal ein Effekt, der sich unter anderem eben durch diese Umweltzone eingestellt hat, aber eben auch ein wesentlicher weiterer Punkt.

Es wurde ja auch schon erwähnt, das Thema der Flottenerneuerung, das heißt, dass neuere Fahrzeuge weniger dreckig sind als alte Fahrzeuge und dass damit eben der EU-Grenzwert, der sich seitdem nicht verändert hat, und eben auch die Plaketten, die wir alle kennen, sich nicht verändert haben, eben dazu geführt hat, dass die Emissionswerte jetzt immer weiter runtergehen und dass damit eben verbunden auch eine Aufhebung der Umweltzone erst mal keine große Veränderung bewirken ließe, weil die Fahrzeuge an sich eben weniger dreckig sind, als sie es vor 10, vor 13 Jahren noch waren, als man die Umweltzone eingeführt hat. Das Beispiel lässt sich in vielen anderen Städten auch verfolgen. Das deckt sich

auch mit Prognosen des Umweltbundesamtes, dass eben genau diese Flottenerneuerung als einen wesentlichen Effekt auch die Verbesserung der Luftqualität prognostiziert hat und was eben durch Messwerte zum Beispiel auch in Hannover, in Kiel, in Heilbronn oder eben auch hier in Karlsruhe bestätigt wurde.

Es ist allerdings zu betonen, dass diese EU-Grenzwerte schon lange nicht mehr geändert worden sind und dass die EU-Grenzwerte quasi um einen Faktor 4 oberhalb der Grenzwerte liegen, die die WHO als anzustreben benennt. Das ist schon ein Punkt, wo die EU gefordert ist, und die EU hat sich letztes Jahr auch dazu bekannt, dass sie das Thema angehen will und die Grenzwerte auch bis 2030 absenken will, zwar nur auf das Doppelte der WHO-Grenzwerte bzw. für die Stickoxide, aber immerhin ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Dann können und müssen wir vielleicht wieder über ein vergleichbares Instrument der Umweltzone reden, wenn wir dann, wir werden ja kontinuierlich weiter die Luftqualität messen, feststellen, dass eben die dann irgendwann neuen Grenzwerte nicht eingehalten werden, aber aktuell sehen wir nicht die rechtliche Begründung, ganz, ganz wenige Fahrzeuge tatsächlich auszuschließen, deren Auswirkung auf die Luftqualität nicht besonders hoch wären. Wir unterstützen die Verwaltung aber voll und ganz, das LKW-Durchfahrtsverbot aufrechtzuerhalten, eben aus Gründen der Luftqualität, eben aus Gründen des Lärmschutzes, aber auch aus Gründen der Straßenverkehrssicherheit und aus Gründen des Stadtbildes. Das sind alles Gründe, aus denen die Verwaltung Zufahrts-, Durchfahrtsbeschränkungen für bestimmte Straßen erlassen kann und wir möchten Sie gerne dazu ermutigen, alle diese Gründe zur Not auch zusammenzupacken und gegenüber dem Regierungspräsidium dann in die Begründung für das LKW-Durchfahrtsverbot auch gehen. Das werden wir sicherlich auch weiter unterstützen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Natürlich haben wir die Vorlage gerne zur Kenntnis genommen, auch die Worte der Frau Dezernentin. Wir sind eigentlich alle glücklich darüber und zufrieden, dass die Werte, die Stickstoff-Werte beispielsweise zurückgehen, auch die anderen Feinstäube gehen zurück. Das ist doch zunächst mal eine sehr gute Botschaft, die wir zur Kenntnis nehmen. Das ist sicher getragen auch von einigen verantwortungsvollen Unternehmen, die mit ihrem Kapital eben ihre Fahrzeugflotte umgerüstet haben, aber insgesamt sind es natürlich Durchschnittswerte, die in die richtige Richtung zeigen. Ich glaube, man sollte auch mal die Kirche im Dorf lassen und einfach einhalten und sagen, gut, das war die richtige Entwicklung, und ihr habt es richtig gemacht, aber das ist ja nicht alles, denn die Reinhold-Frank-Straße, die hat ja nicht nur eine Emission mit Feinstäuben, sondern sie hat, was viel bedeutender jetzt ist, eine Lärm-Emission. Was wir als CDU-Fraktion unbedingt herausstreichen müssen, ist die Bedeutung der Reinhold-Frank-Straße als einzige Nord-Süd-Verbindung, und wenn wir die einzige Verbindung jetzt wieder in eine zusätzliche Belastung reinbringen, indem wir LKW durchfahren lassen, dann werden die Anwohnerinnen und Anwohner wirklich noch einmal gebeutelt, und das können wir ihnen nicht zumuten. Noch mal, es ist die einzige Querungsmöglichkeit der Stadt. Das wird in anderem Zusammenhang auch in unserer Verkehrspolitik noch zu berücksichtigen sein. Deshalb finde ich es eigentlich ein einziges kleines Makel, Frau Dezernentin, dass Sie es nicht über die Lippen bringen, dass dieses Thema Lärmschutz in der Reinhold-Frank-Straße von der CDU-Fraktion initiiert ist, und Sie tun jetzt gerade so, als wenn das Ihnen vorgestern so eingefallen wäre. Also das heften wir uns schon ans Revers, dass wir an die Lärmsituation der Bürger*innen in der Reinhold-Frank-Straße gedacht haben, und wir sind jetzt natürlich sehr, sehr zufrieden, dass dies auch mit Ihrer Stellungnahme zumindest vorübergehend vielleicht auch mittel- bis langfristig gewährleistet ist, danke schön.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Ich kann ins selbe Horn stoßen wie meine Vorredner. Es ist positiv, dass die Umweltzone hier in Karlsruhe zu spürbaren, vor allem zu messbaren Verbesserungen der Luftqualität beigetragen hat. Ich kann auch noch mal wiederholen, ja, es gab heftige Diskussionen damals bei der Einführung. Es ist eine Verbotsregelung, Verbotsregelungen kommen in der Regel nicht so gut an bei den Menschen, aber es hat sich auch hier gezeigt, sie führen dann doch oft zu schnellen Erfolgen. Es gab eine große öffentliche Debatte darüber. Es gab ein Fokus-Shift und spätestens mit dem Abgase-Skandal 2013, glaube ich, war dann auch der Industrie vollkommen klar, dass es hier starke Veränderungen geben muss, und es ist bemerkenswert, wie schnell das dann zu Verbesserungen geführt hat. Wir freuen uns, dass es hier in Karlsruhe erreicht ist, auch wir sind der Meinung, dass, wenn man eben jetzt das Gesetz erfüllt und die Grundlage wegfällt, dass es überhaupt gar keinen Sinn macht, jetzt an irgendetwas festzuhalten, was keine Grundlage mehr hat, aber auch da möchte ich dem Kollegen Löffler voll und ganz zustimmen, die WHO hat 2021 die Werte komplett geändert. Also, wir sind hier nicht mehr bei 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Stickoxide, sondern wir sind jetzt bei 10. Wir sind beim Feinstaub nicht mehr bei 25 oder 40, sondern bei 55 Mikrogramm pro Kubikmeter, also noch mal eine deutliche Veränderung. Uns stellt sich schon auch so ein bisschen die Frage, was wäre denn, wenn wir diese Werte anwenden würden, wo würde dann bei uns in Karlsruhe denn eigentlich dann die Umweltzone liegen. Wäre es dann nur die Reinhold-Frank-Straße oder wäre es dann auf einmal die ganze Innenstadt? Also das ist schon was, was wirklich interessant ist. Das müssen wir nicht hier debattieren, sondern das wird dann hoffentlich auf EU-Ebene irgendwann mal debattiert werden, aber das wird dann sicherlich noch mal eine ganz andere Debatte geben. Aber auch hier noch mal der Hinweis, dass es vielleicht doch manchmal ganz hilfreich ist, wenn man sich sehr ambitionierte Ziele steckt und guckt, dass man die dann auch mit neuen Regelungen hinterlegt.

Noch mal zum LKW-Durchfahrtsverbot, Herr Kollege Pfannkuch, ich bin da etwas anderer Meinung. Ich erinnere mich, dass wir im September im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit darüber schon diskutiert haben. Mir ging es eher so, als ich den Antrag der CDU gesehen habe, dass ich etwas irritiert war, weil ich dachte, da haben wir doch schon mal darüber geredet, und da hatten wir auch alle eigentlich, glaube ich, klar signalisiert dem Dezernat 5, dass wir da voll und ganz dahinterstehen. Deswegen hat mich der Passus in der Beschlussvorlage überhaupt nicht gewundert, sondern eher der Antrag der CDU, den wir jetzt hier am Mittwoch im AuG, glaube ich, noch mal diskutieren. Das hat sich für mich so ein bisschen jetzt erledigt eigentlich mit der Beschlusslage heute, aber das können wir dann am Mittwoch noch mal klären, vielen Dank.

Stadtrat Høyem (FDP): Freude und Freude, große Freude, dass unsere Luft jetzt sauber oder mindestens sauberer ist. Wie Herr Huber erinnere ich mich wirklich an diese Debatte. Das waren die schwarzen Szenarien für die Zukunft. Das war nahezu der Untergang des Abendlandes, was hier passiert war. Da war keine Möglichkeit für die Zukunft. Jetzt nach dieser relativ kurzen Zeit haben wir also eine viel sauberere Luft, also Freude. Die andere Freude, glücklicherweise leben wir in einer Demokratie, wo Freiheit der Normalzustand ist, und Einschränkungen von Freiheit muss man begründen und gut begründen und wenn diese Begründung nicht mehr dort ist, dann kommt die Freiheit glücklicherweise zurück. Das ist der zweite Grund zur Freude. Selbstverständlich denken wir, dass die Reinhold-Frank-Straße nicht für LKW geeignet ist. Wir finden das nur unangenehm eigentlich, dass man diese zwei Dinge hier koppelt. Deshalb ist es für uns sehr wichtig, wir diskutieren jetzt

über Lärm, ein ganz anderes Thema, Freude, die Luft ist sauberer, viel, viel sauberer, als sie war und, ich will nicht polemisch sein, aber diese alte Geschichte, dass wenn man ein Ziel erreicht hat, dann muss man die Grenzen ändern. Entschuldigung, das ist nahezu intellektuell unsere Ebene hier, so zu diskutieren. Wir haben eine Grenze gehabt, wir waren unzufrieden mit dieser Grenze, und jetzt haben wir eine sauberere Luft, die diese Grenze einhält. Dann kann man an einem anderen Tag, nächsten Montag, kann man über andere Grenzen diskutieren, aber diese Automatik, jetzt haben wir die Grenze erreicht, also ändern wir die Grenze, Entschuldigung, das ist uns nicht würdig. Wir stimmen also diesem zu, selbstverständlich, und die LKWs wegen Lärm ist zu vermeiden, ist selbstverständlich eine gute Idee. Freude und Freude.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Dem Beitrag vom Herrn Høyem kann ich mich voll und ganz anschließen. Auch wir freuen uns, dass die Umweltzone jetzt nicht mehr benötigt wird und stimmen ihrer Aufhebung zu. Auch wir sprechen uns für die Beibehaltung des LKW-Durchfahrtsverbots aus Lärmgründen aus.

So, jetzt muss ich aber sagen, ich bin schon ein wenig überrascht von dem, was wir hier noch uns zu eigen machen und vor allem über die Redebeiträge von den GRÜNEN und der SPD, aus denen man ja entnehmen kann, dass wir jetzt versuchen, noch weniger Feinstaub produzieren zu wollen in der Stadt. Ich darf erinnern an unseren Antrag vor einem halben Jahr, der wurde im Juli, am 26.7. wurde der abgestimmt. Alle, außer der AfD, haben dagegen gestimmt, und der Antrag lautete, der Gemeinderat möge beschließen, Holzheizsysteme wie Pelletkessel etc. nicht mehr auszuschreiben oder zu vergeben, laufende Ausschreibungen, die wir ja haben, wo Erdgasheizungen zu Pelletheizungen umgebaut werden und so weiter, sollten eingestellt werden. Da waren Sie alle dagegen, obwohl hier in der Vorlage ganz klar steht, dass das Regierungspräsidium die Stadt auffordert zu folgenden Maßnahmen, „Verringerung der Feinstaubbelastung aus diffusen Quellen in Bereichen Handwerk, Gewerbeindustrie, verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zum Zusammenhang von Holzfeuerung und Feinstaubbelastung“, und ich lese die ganze Zeit aus der Vorlage vor, hinter die wir uns gerade alle stellen. Da kommt jetzt als entscheidender Punkt, die Stadt Karlsruhe wird gebeten, bei der Aufstellung von Bebauungsplänen die Aufnahme eines Verbrennungsverbots für Kleinf Feuerungsanlagen zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen. Das ist also genau das Gegenteil, was Sie gerade argumentieren, von dem, was wir Ihnen vor einem halben Jahr vorgeschlagen haben, nämlich aus den richtigen Gründen, Feinstaubproduktion ist nicht sinnvoll, Asthmatiker haben da sehr darunter zu leiden. Es kann aber nicht sein, dass die Stadt selber etwas tut, was sie dann ihren Einwohnern verbieten will. Deswegen erinnern wir an unseren Antrag und möchten darum bitten, doch dann auch konsequent zu sein. Wir sind der Meinung, die Stadt muss vorangehen. Sie muss zusehen, dass sie keinen Feinstaub produziert mit ihren Heizungen. Es ist insbesondere nicht sinnvoll, die umzubauen, wenn man schon eine Erdgasheizung hat, so, wie es ja beschlossen wurde vor wenigen Monaten. Den Privatleuten sollte es dann überlassen bleiben, was für sie am sinnvollsten ist, aber nicht umgekehrt, dass die Stadtverwaltung mehr Heizungen einbaut, die Feinstaub produzieren und die Bevölkerung, der soll es dann verboten werden, das kann es nicht sein, insbesondere nicht in Zeiten wie heute, wo jeder versucht, bei den Heizkosten zu sparen.

Stadtrat Wenzel (FWJFÜR): Unsere Fraktion wird den Antrag so, wie er vorgeführt ist, tragen. Ich fange mal umgekehrt an, wie alle Kollegen, mit der Reinhold-Frank-Straße. Da muss ich meinen Vorrednern aus der CDU, dem Herrn Pfannkuch, recht geben. Es ist

wirklich eine Straße, die einen Trichter oder einen Pfropfen in unserer Stadt darstellt und die Belastungen, die dort durch Lärm verursacht werden, die sollten wir tatsächlich durch die Maßnahme, den LKW-Durchfahrtsverkehr dort nicht zu gestatten, weiterhin fortführen. Ich halte das für sinnvoll und auch gegeben, wie die CDU es einerseits damals gerechtfertigt hat. Richtlinien und Richtwerte sind dazu gegeben, dass man sich an diesen orientiert. Es ist wie beim Stabhochsprung, man kann es nicht umgekehrt immer höher setzen und hier bei unserer Aktion heruntersetzen.

Jetzt mal eine kritische Anmerkung. Man kann sich nach jeder Organisation richten, wenn in Südafrika oder, sagen wir, in der Sahelzone Staub verboten wird, können wir nichts machen, und die Frage ist immer, wer ist die WHO. Wir wissen, die WHO wird einerseits finanziert von den Staaten, vor allem USA, England und gleichzeitig genauso viel von Privatpersonen. Deshalb, in Zeiten von Corona muss man auch solche Institutionen hinterfragen, ob es immer sinnvoll ist, ihnen zu folgen. Wenn Europa und die Bundesrepublik Deutschland der Meinung ist, die Richtlinien zu senken, werden wir uns selbstverständlich diesen Richtlinien in der Diskussion hier auch unterwerfen, und wenn es sinnmäßig ist, ja, wenn es anderen Interessen folgt, muss es stetig hinterfragt werden. Feinstäube, so musste ich nachlesen, haben nicht nur Ursachen in Dieselmotoren, vor allem in Reifenabrieb, den es ja auch bei Elektrofahrzeugen gibt, durch interessanterweise Wetterphänomene, können es beitragen und, wie der Kollege Dr. Schmidt sagte, auch durch Brennstoffe. Er hat sich dazu ausgelassen, das möchte ich hier nicht, aber ich verstehe seine Argumentation hier. Ich möchte das Thema nicht vertiefen. Ich bin froh, dass wir es so weit geschafft haben, in den letzten Jahren durch viele Maßnahmen die Feinstaubwerte zu senken. Wir gehen den Schritt, wie gesagt, weiter.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Es ist ein Fortschritt da, das begrüßen wir selbstverständlich. Wir gehen aber davon aus, dass dieser Fortschritt durchaus fortgesetzt werden könnte und wir die Werte weiter senken könnten, wenn wir die Umweltzone aufrechterhalten.

Wir halten es durchaus für sinnvoll, gerade vor dem Hintergrund, dass wir wissen, dass die Grenzwerte eben nur Notlösungen sind, weil man es einfach nicht besser weiß, dass aber die WHO definitiv niedrigere Werte ansetzt im Sinne der Gesundheit der Menschen. Ich muss echt sagen, das Grundrecht freie Fahrt für freie Bürger sollte aus meiner Sicht nicht über das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und Gesundheitsschutz gestellt werden. Deshalb denke ich tatsächlich, sollte die Stadt die Aufrechterhaltung der Umweltzone zumindest beim Regierungspräsidium anmahnen oder einfordern. Selbstverständlich sind wir dafür, dass das LKW-Durchfahrtsverbot aufrechterhalten wird, auch wenn es in Anführungszeichen nur aus Lärmschutzgründen möglich sein wird, aber insgesamt denke ich, hätten es gerade die Kinder und andere gesundheitlich beeinträchtigte Personen mit Sicherheit leichter, wenn wir diese Feinstaubbelastungen weiter senken könnten. Ich kann da nur anknüpfen an meine Arbeit, die ich als Verbraucherschutzpolitische Sprecherin meiner Fraktion im Bundestag geleistet habe, das ganze Thema mit Nanotechnologie, Nanopartikel, was die anrichten können, gerade bei Kindern. Da geht es nicht nur um die Belastung der Lunge, aber auch da wissen wir alle, was Atemwegserkrankungen gerade für kleine Kinder bedeutet, die werden begünstigt durch Feinstäube. Jede dieser Substanzen, die sich in diesen Feinstäuben befindet, ist noch nicht erforscht, insbesondere wenn es um Kleinstpartikel, also Nanopartikel geht. Da kann es nämlich sein, dass so eine relativ unschädliche Substanz wie Silber als Nanopartikel plötzlich hoch toxisch wird. Das aber ist alles noch nicht erforscht. Deshalb bin ich da eher dafür, den Weg von Vorsicht zu gehen, wo es die

Möglichkeit gibt, zum Schutz vor gesundheitlichen Schädigungen, würde ich sagen, sollten wir den Weg nutzen. Deshalb meine ich, eben lieber weiter aufrechterhalten, dass hier der Verkehr eingedämmt wird, weil wie gesagt, Elektroautos haben trotzdem den Reifenabrieb, wie es der Kollege Wenzel gerade benannt hat und ich denke tatsächlich, Gesundheitsschutz sollte uns hier vorgehen. Deshalb werden wir dem Beschlussantrag in puncto Aufhebung der Umweltzone nicht zustimmen. Selbstverständlich sind wir dabei, wenn es um die Aufrechterhaltung des LKW-Durchfahrtsverbot geht.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich möchte nur Frau Binder, meine Kollegin, fragen, ob ich das richtig verstanden habe, dass Sie befürworten, dass ein Verbot weitergeführt wird, auch wenn keine gesetzliche Grundlage dafür existiert. Ich wollte nur wissen, ob ich das wirklich richtig verstanden habe.

Der Vorsitzende: Wollen Sie dazu Stellung nehmen? Wir können jetzt hier auch uns gegenseitig befragen.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Ich bin der Meinung, dass die Stadt Karlsruhe gegenüber dem Regierungspräsidium widersprechen sollte, wenn es um die Aufhebung der Umweltzone geht, ja, weil ich den Schutz der Gesundheit vieler Menschen darüber stelle.

Der Vorsitzende: Können wir grundsätzlich politische Rollenübernahmen an anderer Stelle diskutieren? Wir haben auch eine Gemeinderatsklausur, da gibt es einen Abend, da kann man sich darüber lange verständigen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ja, wenn wir jetzt die zweite Runde eröffnet haben, dann würde ich gerne noch was zu den WHO-Grenzwerten sagen. Die WHO-Grenzwerte zu den Stickoxiden wurden abgeleitet aus Review-Artikeln, die von der WHO in Auftrag gegeben wurden. Das waren aber keine, also es waren Forschungsergebnisse, bei denen, die schädlich waren, waren es gemischte Noxen. Also das waren nicht nur Stickoxide, sondern auch andere Autoabgase, und daraus wurde dann ein Grenzwert abgeleitet. Das Ganze wurde dann mit einem weiteren Review-Artikel noch mal überarbeitet, wo man auch keine eindeutigen Grenzen ableiten konnte. Also diese Grenzwerte, die da abgeleitet werden und die auch weiter nach unten gedreht werden, die sind wissenschaftlich ziemlich umstritten. Das sieht man auch daran, dass die Grenzwerte für die berufliche Belastung Jahrzehnte lang deutlich höher waren, ein Faktor 23 höher als diese 40 Mikrogramm. Deswegen also diese WHO-Grenzwerte muss man wirklich mit einem Fragezeichen versehen, vielen Dank.

Der Vorsitzende: Mir ist es noch mal ganz wichtig, damit in der Öffentlichkeit kein falscher Eindruck entsteht, es hat hier niemand dafür plädiert, dass die Stadt Karlsruhe selber neue Grenzwerte einführt, auch wenn das in einem Beitrag so hätte interpretiert werden können. Es hat auch niemand dafür plädiert, dass wir jetzt uns an den WHO-Grenzwerten orientieren. Es ist nur darauf hingewiesen worden, dass es dort Grenzwerte gibt und dass sich die EU gerade mit einer Verschärfung der Grenzwerte beschäftigt. Wenn dahinter eine unsaubere Mafia steckt, die jetzt die Sahelzone und Mitteleuropa nicht unterscheidet, mag das ja sein. Es ändert nichts daran, dass wir uns am Ende an den EU-Grenzwerten zu orientieren haben. Das könnte dazu führen, dass wir in zehn Jahren genau die gegenteilige Debatte wieder führen, Punkt 1.

Punkt 2, es ist gesagt worden, die Reinhold-Frank-Straße ist für LKWs nicht geeignet. Es könnte der Eindruck entstehen, dass die Straße selbst nicht geeignet ist, das stimmt natürlich nicht, und es werden auch weiter LKWs da durchfahren, nämlich die, die wegen Ziel- und Quellverkehr da ein Ziel erreichen müssen. Es geht hier darum, den reinen Durchgangsverkehr aus der Reinhold-Frank-Straße rauszukriegen. Ich glaube persönlich, dass das wahrscheinlich mehr zur Luftreinhaltung beigetragen hat als die Umweltzone als solche direkt. Die Umweltzone hat indirekt sehr viel dazu beigetragen, weil sie nämlich noch mal die Hersteller von Motoren und von Fahrzeugen ganz anders unter Druck gesetzt hat, hier andere Grenzwerte einzuhalten und andere Techniken einzubauen und die vor allem auch marktfähig zu machen.

Das nach diesen Klarstellungen und jetzt kommen wir zum Beschluss, und da bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt. – So, das ist eine große Mehrheit, vielen Dank.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
6. Februar 2023